

Tagungsbericht

Europa – Vision und Realität

**Vortragsveranstaltung mit
Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog**

11. Mai 2007, Konferenzzentrum München

Fleur Spitzhirm M.A.



**Hanns
Seidel
Stiftung**

**Akademie für
Politik und
Zeitgeschehen**

I.

„Europa – Vision und Realität“

Dieser Titel des Vortrags, der am 11. Mai 2007 im Konferenzzentrum München der Hanns-Seidel-Stiftung gehalten wurde, spannt zwei Elemente zusammen, die sich zunächst auszuschließen scheinen, in Wirklichkeit aber in einem Verhältnis der Komplementarität zueinander stehen: Vision und Realität. Der Zusammenschluss Europas war und ist ein visionäres Thema. Eine reelle Vereinigung all der eigenwilligen politischen Kulturen des Kontinents ist seit Jahrhunderten von visionären Denkern immer nur erträumt worden und harrt noch immer der Vollendung, obwohl Europa seit 1945 auf diesem Weg mit Sicherheit ein großes Stück vorangekommen ist.

In seiner Einführung wies **Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair**, Staatsminister a.D. und Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, darauf hin, dass Europa gewachsene Vielfalt sei, die nicht einfach verschwinde, da sie lange und kontinuierlich gewachsen sei. Und so weise die weit gespannte Dach-Konstruktion, wie sie die Europäische Union darstelle, noch so manche Löcher und mindestens ebenso viele ungelöste Fragen auf.

Aus diesem Grund hatte die Hanns-Seidel-Stiftung Bundespräsident a.D. **Prof. Dr. Roman Herzog**, Träger des von der Stiftung verliehenen Franz Josef Strauß-Preises 2003, eingeladen. Herzogs langjährige Erfahrungen und Verdienste um die Europäische Union und besonders seine Leitung des ersten europäischen Konventes, der die Charta der Grundrechte ausgearbeitet hat, waren für seinen Nachmittagsvortrag über „Europa – Vision und Realität“ von großer Bedeutung. Als Präsident des Grundrechts-Konvents in den Jahren 1999 und 2000 hat es der aus Niederbayern stammende Herzog souverän verstanden, das amorphe Gremium des Konvents zu einem konzisen Ergebnis seiner Arbeit zu führen. Und Zehetmair betonte, dass es mehr solcher Staatsmänner brauche, die es wie der eingeladene Bundespräsident a.D. verstünden, aus Visionen Realität werden zu lassen.

II.

„Die Zeit der Kleinstaaten und der kontinentalen Kriege muss endgültig zu Ende gehen!“

Mit dieser markanten Forderung begann Roman Herzog seinen Vortrag. Die Welt habe sich mittlerweile anders konstituiert. Der Nationalstaat im Sinne des 19. Jahrhunderts sei passé, auch wenn er auf absehbare Zeit weiterhin existieren werde. Im 19. Jahrhundert wollten die Nationalstaaten um jeden Preis souverän sein, unabhängig vom Einfluß anderer Staaten und die Probleme ihrer Bürger alleine lösen. In der heutigen Zeit sei dies nicht mehr möglich. Die Entscheidung für die europäische Einigung sei somit – zumindest teilweise – eine Entscheidung gegen den Nationalstaat und seine Ausschließlichkeit, mit der er im 19. Jahrhundert vertreten worden sei, erklärte Herzog.

Mit der Welt haben sich zugleich die ursprünglichen Ziele der Europäischen Union geändert. Es galt neue Entscheidungen zu treffen, neue Ziele in den Blick zu nehmen. Die Europäische Union sah sich mit neuen Aufgaben konfrontiert. Zwar würden die ursprünglichen Ziele auch weiterhin fortbestehen. Sie seien jedoch nicht mehr im Mittelpunkt der politischen Überlegungen. Das hänge mit zwei Entwicklungen zusammen, weiß Herzog: Auf der einen Seite mit der Globalisierung und auf der anderen mit der Regionalisierung.

Die Kolonialmächte haben die anderen Völker der Welt unglaublichen Neuerungen unterworfen. Nach 1945, dem Ende der Kolonialreiche, haben diese Länder erkannt, dass sie in der Lage sind, ihr Leben selbst zu gestalten. Seit etwa 50 Jahren beobachten wir zunehmend die Rückkehr zu alten Identitäten und Gedankensystemen.

Wie also wird die Welt in etwa 15 Jahren aussehen?

Herzog ist der Ansicht, dass es eine große Weltmacht geben werde und die heiße USA. Dann gebe es ein Rußland, von dem keiner wisse, wie es bis dahin aussehen werde, ein China, das wahrscheinlich ein überwiegend konfuzianischer Staat sein werde, sowie mit Indien und Brasilien zwei große Superblöcke, die bis dahin entstanden sein werden.

Aufgrund dieser Prognose stellte sich Herzog die Frage, was dann mit den kleineren Staaten, die dazwischen liegen, passieren werde?

Seine Antwort darauf lautete, dass sich die kleineren Staaten zusammenschließen müssten, was im Grunde die Erweiterung der ursprünglichen Aufgabe, die sich die sechs Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft gestellt hatten, sei. Und sie seien damit nicht die Ersten, denn bereits vor 30 Jahren haben sich die süd-ost-asiatischen Staaten in der ASIAN Gemeinschaft zusammengeschlossen, und auch in Lateinamerika gibt es solche Bündnisse. Worauf es Herzog dabei ankam – und das betonte er wiederholt: dass alle diese Staaten in der Welt sein, mitspielen und auch immer mächtiger würden. Das läge zum einen an ihren Bevölkerungszahlen und zum anderen an ihrer wirtschaftlichen Entwicklung.

Das Ergebnis dieser Entwicklung werde sein, dass uns diese Staaten in jeder Beziehung herausfordern würden, meinte Herzog. Antworten auf diese Herausforderung zu finden, werde für uns mit unserer Vorstellung von Freiheit, unserer Vorstellung von der Würde des Individuums und schließlich unserer Vorstellung, in einem gewissen Wohlstand leben zu wollen, letztlich eine Frage des Überlebens sein.

Aus all diesen Gründen plädiert Herzog für eine europäische Einigung, um sich auf diese kommende und unvermeidliche Situation vorzubereiten, auf dass wir unsere Vorstellungen vom Wert des Individuums, von der individuellen Freiheit und von einem relativen Wohlstand bewahren können, was nur durch ein geeintes, ein starkes Europa möglich sein wird. Es werde schwierig genug werden, gewiss, aber es sei nicht allein eine Frage der Anzahl von Menschen, sondern eine Frage des Behauptungswillens. „Und was machen die Deutschen? Sie zweifeln an der Demokratie, an den Menschenrechten und dass sie überhaupt durchkommen werden“, konstatierte Herzog.

Ein großes Problem sieht Herzog darin, dass wir aus Europa einen bürokratischen Giganten gemacht hätten, und ein bürokratisches Europa sei kein starkes, sondern ein schwaches Europa. In der momentanen Situation, in der sich die Dinge sowohl im ökonomischen als auch im politischen Bereich so rasch entwickelten, müsse schnell reagiert, müssten rasch Chancen, Gefahren und Lösungsstrategien ausgemacht werden können.

Wie aber sehe die Realität in Europa aus, fragte sich Herzog?

Wenn jetzt noch jemand der EU beitreten wolle, bekäme er etwa 75.000 Seiten Vorschriften, die er alle in kürzester Zeit einführen, oder an die er seine Rechtsordnung anpassen müsse. Das Problem sei, wie man diese vielen Vorschriften wieder reduzieren könne. Eine mögliche Lösung, so Herzog, wäre, wenn es keine Verordnungen und Gesetze in Europa gäbe, sondern nur Richtlinien, die angeben, in welcher Zeit

welches Ziel zu erreichen sei. Jeder Mitgliedsstaat habe jedoch selber zu entscheiden, wie er die Ziele zu erreichen vermag.

Ein anderes großes Problem sei die europäische Vereinigung selbst. Begonnen wurde mit sechs Staaten, heute sind es 27. Bisher war es immer die Regel, sich nach jeder Erweiterung der EU zeitnah auf eine organisatorische Vertiefung zu einigen. Diese Vorgehensweise funktionierte allerdings nur bis 2005, bis zur großen Osterweiterung. Nach dem Ende des Kalten Krieges haben diese Staaten ihre Souveränität erlangt und gleichzeitig mit dem Eintritt in die EU Teile dieser neu erlangten Freiheiten freiwillig wieder abgegeben. In diesem Spannungsverhältnis erscheint es derzeit sehr problematisch von den neuen EU-Staaten, eine weiterführende europarechtliche Vertiefung zu fordern.

Herzog sieht vor allem eine Gefahr darin, dass die neuen EU-Mitglieder aufgrund der bestehenden Einstimmigkeitserfordernisse im Rat die „Alten“ in ihren Bestrebungen nach weiteren Integrationsschritten behindern können. Der anvisierte Europäische Verfassungsvertrag beseitigt diese Gefahr nicht abschließend und tritt in Teilen sogar hinter das bestehende Integrationsniveau des Europäischen Vertrages von Nizza zurück. Als negatives Beispiel nannte Herzog die zu erwartende Neuregelung des Prinzips der „Verstärkten Zusammenarbeit“ von EU-Staaten. Gemäß des Verfassungsvertragsentwurfes bedarf es künftig einer einstimmigen Entscheidung im Rat über die Aufnahme der „Verstärkten Zusammenarbeit“. Bisher war eine qualifizierte Mehrheit im Rat ausreichend.

Herzog ist mit dem derzeitigen Zustand der EU unzufrieden und fordert daher einen verstärkten europäischen Behauptungs- und Einigungswillen, besonders auf der geistigen und politischen, insbesondere außenpolitischen Ebene. Er beendete daher seinen Vortrag mit der selbstironischen Feststellung, dass es für ihn persönlich an der Zeit sei, „solange an dem Verfassungsvertrag herum zu stänkern, bis er wesentlich anders aussehen wird“.

Fleur Spitzhirm M.A.